

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

16. WP - 16. Sitzung

am Mittwoch, dem 15. März 2006, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

in Vertretung von Dr. Ekkehard Klug

Anne Lütkes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Susanne Herold (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Information des Ausschusses</b>	
a) <b>Vorbereitungen der Informationsreise des Europaausschusses nach Brüssel vom 24. bis 27. April 2006</b>	<b>5</b>
Berichterstatter: Günther Schulz, Leiter des Hanse Office in Brüssel	
b) <b>Besuch von M Döring in Helsinki und Stockholm am 9. und 10. März 2006</b>	<b>5</b>
Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein	
c) <b>Konstituierung des Ausschusses der Regionen (AdR)</b>	<b>7</b>
Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein	
<b>2. Polen nach der Wahl</b>	<b>8</b>
Berichterstatter: Dr. Christian Pletzing, Academia Baltica	
<b>3. Nordseekooperation, INTERREG Nordsee - Vorstellung der Projekte</b>	<b>11</b>
Berichterstatter: Ernst Hansen, Leiter des Referats Grenzüberschreitende und Europäische Raumordnung, Entwicklung der Planungsräume I und II (Süd und Ost) im Innenministerium	
<b>4. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der in den Jahren 1960 beziehungsweise 1962 eingerichteten Förderfonds</b>	<b>15</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/435 (neu)	
<b>5. Auswertung des AdR-Testlaufs zur Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitskontrolle</b>	<b>16</b>
Berichterstattung durch die Ausschussvorsitzende	

**6. Perspektiven für den Kaliningrader Oblast** **18**

Berichterstatter: Thoralf Plath, Korrespondent in Kaliningrad

**7. Verschiedenes** **21**

Terminplanung für das zweite Halbjahr 2006  
Umdruck 16/644

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Ausschuss beschließt, den zusätzlichen Punkt Information des Ausschusses über die Vorbereitung der Informationsreise nach Brüssel und über den Besuch von M Döring in Helsinki und Stockholm am 9. und 10. März 2006 in die Tagesordnung aufzunehmen. Die Tagesordnung wird im Übrigen in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Information des Ausschusses über**

#### **a) Vorbereitungen der Informationsreise des Europaausschusses nach Brüssel vom 24. bis 27. April 2006**

Berichterstatter: Günther Schulz, Leiter des Hanse Office in Brüssel

Herr Schulz, Leiter des Hanse Office in Brüssel, informiert über die Vorbereitungen der Informationsreise des Ausschusses nach Brüssel und stellt kurz die geplanten Besuchs- und Gesprächstermine vor. Er kündigt die schriftliche Vorlage des vorläufigen Programms für die Informationsreise des Ausschusses für die nächste Woche an.

Abg. Fischer plädiert dafür, den von Herrn Schulz in Aussicht gestellten Gesprächstermin mit einem Vertreter der Provinz Limburg auf jeden Fall in das Programm aufzunehmen, denn mit diesem Thema habe sich der Ausschuss in der Vergangenheit viel zu wenig befasst.

#### **b) Besuch von M Döring in Helsinki und Stockholm am 9. und 10. März 2006**

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein

M Döring berichtet, im Mittelpunkt der Gespräche mit der finnischen Regierung hätten die Zielsetzungen der Übernahme der finnischen Ratspräsidentschaft gestanden. Finnland wolle als zentrales Thema den Bereich Verkehr und Logistik mit dem Schwerpunkt im Ostseeraum vorantreiben. Schleswig-Holstein habe an diesem Thema ebenfalls ein großes Interesse.

Er – so M Döring weiter – habe weiter das Thema feste Fehmarnbelt-Querung angesprochen. Aus finnischer Sicht werde die Querung keine nennenswerten Auswirkungen auf die finnische Verkehrsinfrastruktur haben. Finnland habe nach wie vor ein großes Interesse an den Fährverbindungen zwischen Südschweden und Dänemark. Finnland habe jedoch zugesagt, auf europäischer Ebene die feste Fehmarnbelt-Querung als wichtiges Verkehrsprojekt für Europa zu unterstützen.

Auch in den Gesprächen mit der schwedischen Regierung sei noch einmal auf die besondere Bedeutung der festen Fehmarnbelt-Querung hingewiesen worden. Es sei an die Selbstverpflichtung Dänemarks erinnert worden, sich für die feste Querung einzusetzen. Die schwedischen Gesprächsteilnehmer hätten betont, dass sich das Modell der Staatsgarantien zur Finanzierung eines solchen großen Projektes bewährt habe. Auch Schweden sehe – genauso wie Schleswig-Holstein - die bestehenden Fährverbindungen nicht als Konkurrenz, sondern meine ebenfalls, dass man angesichts der zukünftigen Verkehrsentwicklung sowohl die feste Fehmarnbelt-Querung als auch die Fährverbindungen benötige. Die schwedischen Gesprächsteilnehmer hätten darauf gedrängt, dass in Deutschland in diesem Jahr endlich eine Grundsatzentscheidung zur festen Fehmarnbelt-Querung getroffen werde. Schweden werde das Projekt in der Europäischen Union auf jeden Fall unterstützen.

M Döring stellt im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Spoorendonk fest, die nördliche Dimension, die Stärkung des Nordens innerhalb der EU, sei für Finnland ein wichtiges Thema.

Abg. Spoorendonk möchte weiter wissen, ob die schwedische Regierung Bereitschaft signalisiert habe, sich an der Finanzierung der Fehmarnbelt-Querung zu beteiligen. – Abg. Fischer weist darauf hin, dass von dänischer Seite kein großer Wert auf eine finanzielle Beteiligung Schwedens gelegt werde. Dänemark sei davon überzeugt, dass die Finanzierung über die Staatsgarantien kein Problem sei. – M Döring erklärt, in dem Gespräch in Stockholm sei von Schweden keine finanzielle Beteiligung an der festen Fehmarnbelt-Querung angekündigt worden.

In Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Ritzek bestätigt M Döring, dass das Thema EU-Verfassung kein Schwerpunkt der finnischen Ratspräsidentschaft sein und deshalb voraussichtlich während der folgenden deutschen Ratspräsidentschaft wieder stärker in den Fokus rücken werde. In Finnland selbst spiele die Verfassungsdiskussion keine große Rolle.

**c) Konstituierung des Ausschusses der Regionen (AdR)**

Berichtersteller: Uwe Döring, Minister Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein

M Döring informiert im Zusammenhang mit der Konstituierung des neuen Ausschusses der Regionen und seiner Gremien darüber, dass er Mitglied der Fachkommission DEVE, des Ausschusses für nachhaltige Entwicklung, geworden sei. Er habe sich um die Mitgliedschaft in diesem Fachausschuss beworben, da dieser sich unter anderem auch mit den für Schleswig-Holstein wichtigen Themen Meerespolitik, Landwirtschaftspolitik und Umweltpolitik beschäftige. Außerdem gehöre er jetzt zu den Mitgliedern des Ausschusses für Finanz- und Verwaltungsfragen des Ausschusses der Regionen, KFV. In dieser Funktion sei er zuständig für die Etatverhandlungen zwischen dem AdR und dem Europäischen Parlament.

M Döring sagt dem Europaausschuss zu, ihn weiterhin so eng wie möglich in seine Tätigkeit als Mitglied des Ausschusses der Regionen einzubinden. Er kündigt an, den Ausschussmitgliedern die Einladungen zu Sitzungen des Ausschusses der Regionen und die Protokolle zuzuleiten und bietet ihnen an, auf Wunsch auch Hintergrundinformationen zu einzelnen Tagesordnungspunkten zu liefern.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Polen nach der Wahl**

Berichterstatter: Dr. Christian Pletzing, Academia Baltica

(hierzu: Anlage 1 zu dieser Niederschrift)

Einleitend zu seinem Vortrag zeigt Herr Dr. Pletzing, Leiter der Academia Baltica, anhand einiger Beispiele (zum Beispiel der Grafiken in den Anlagen 1 bis 3) die Existenz deutschlandfeindlicher Gefühle in Polen auf.

Anschließend erläutert er die Wahlergebnisse der letzten Präsidentschaftswahl in Polen. Polen zeige bei der Aufteilung der Wähler immer noch eine Spaltung, die vermutlich noch aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg stamme, als Polen unter dem Einfluss Russlands auf der einen Seite und Deutschlands auf der anderen Seite gestanden habe. Im Nordwesten Polens werde verstärkt die bürgerliche Plattform (PO) gewählt, während der Südosten stärker die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) wähle.

Der Nordosten des Landes sei Deutschen gegenüber offener, auch weil hier mehr Kontakt zu Deutschen bestehe. Besonders die Kritiker des Transformationsprozesses wählten eher konservative Parteien wie „Recht und Gerechtigkeit“, während die Verlierer der Wende Parteien wählten, die noch stärker am rechten Rand des Partienspektrums einzuordnen seien. Eine Verwestlichung werde als Gefahr gesehen. Ein Beispiel für diese Befürchtung sei der Umgang mit Homosexualität. Man befürchte in Polen, die EU wolle den Polen den Lebensstil des Westens aufzwingen. Der traditionelle Opfermythos sei noch wichtig und spiele besonders dann eine Rolle, wenn Deutschland und Russland zusammenarbeiteten, wie zum Beispiel bei der geplanten Ostseepipeline.

Insgesamt sei das Parteiensystem in Polen noch nicht sehr gefestigt, sodass bestimmte Entwicklungen in starken Veränderungen des Wählerverhaltens resultieren könnten. Ein weiterer wichtiger Faktor sei eine zunehmende Politikmüdigkeit, unter anderem durch die zahlreichen Skandale, sowie eine sehr niedrige Wahlbeteiligung. Anders als nach dem Ausgang der Wahlen erwartet worden war, sei die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ keine Koalition mit der bürgerlichen Plattform eingegangen, sondern lasse sich durch zwei radikale Parteien, die Liga der polnischen Familien und den Bauernverband Selbstverteidigung tolerieren, was ein recht instabiles Bündnis darstelle und von der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ häufig nur mit der



Drohung von Neuwahlen aufrecht erhalten werden könne. Bei Neuwahlen müssten Umfragen zufolge die kleineren Parteien Stimmenverluste hinnehmen. Die von offiziellen Stellen getätigten Äußerungen beispielsweise Deutschland gegenüber müssten vor dem Hintergrund dieser instabilen innenpolitischen Situation gesehen werden.

In Westpommern und Pommern seien die Landtage zuletzt im Jahr 2002 gewählt worden, eine Neuwahl stehe in diesem Jahr an. Die Verteilung der Abgeordneten spiegele noch nicht das neue Ergebnis der Parlamentswahlen wider, auf der Ebene der Woiwodschaften seien noch die alten Verhältnisse zu finden. Veränderungen könnten jedoch auf kleinerer Ebene wahrgenommen werden, zum Beispiel antideutsche Reaktionen auf Wirtschaftsprojekte. In Pommern sei bemerkenswert, dass die Kaschuben, die dort eine ethnische Minderheit darstellen, in manchen Wahlkreisen nicht für Donald Tusk gestimmt hätten, obwohl dieser selbst Kaschube sei. In Danzig habe ein bisher unbekannter Politiker den Posten des Woiwoden bekommen und gelte als aussichtsreicher Kandidat für den Posten des Stadtpräsidenten.

Der Premierminister Marcinkiewicz erlebe momentan eine überraschende Popularität, seine Partei „Recht und Gerechtigkeit“ hingegen verliere an Zustimmung. Der Besuch des Staatspräsidenten Kaczyński in Deutschland sei von der polnischen Presse unterschiedlich kommentiert worden. Ein wichtiger innenpolitischer Punkt in Polen sei die Forderung, den in Deutschland lebenden Polen den Status einer nationalen Minderheit zu verleihen. Dies habe jedoch in Deutschland keine Beachtung gefunden. Eine Zusammenarbeit auf lokaler und regionaler Ebene sei ein Erfolg versprechender Weg für ein positives Verhältnis.

Auf eine Nachfrage der Vorsitzenden erläutert Herr Dr. Pletzing, die Kompetenzen der Abgeordneten in den polnischen Landtagen seien geringer, da sie nicht den Woiwoden wählen könnten, sondern dieser von Warschau eingesetzt werde. Die Abgeordneten würden zudem erstaunlich wenig in der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Fischer gibt Herr Dr. Pletzing an, die deutsche Minderheit sei mit zwei Abgeordneten im Sejmik vertreten.

Das Wirtschaftswachstum in Polen habe sich nach einer Phase des Aufschwungs in den neunziger Jahren mittlerweile verlangsamt, es sei aber immer noch höher als in Deutschland, führt Herr Dr. Pletzing auf eine Nachfrage des Abg. Müller aus. Die Deutschen seien besonders in der Landwirtschaft vertreten, wo deutsche Bauern große Güter betrieben.

Abg. Lütkes möchte wissen, wie das Verhältnis der Polen zur jüdischen Bevölkerung sei. - Herr Dr. Pletzing erläutert, eine gewisse antijüdische Grundhaltung sei in Polen weiter ver-

breitet als in Deutschland, obwohl es kaum noch jüdische Bevölkerung gebe. Diese antijüdische Grundhaltung müsse auch vor den Hintergrund eines religiös motivierten Antijudaismus gesehen werden, der mit dem Katholizismus zusammenhänge. Eine Bewertung von antisemitischen Äußerungen müsse vor dem gesamtgesellschaftlichen Hintergrund stattfinden.

In der Anerkennung der Frage der Mittäterschaft bei der Judenvernichtung sei Polen auf dem richtigen Weg, auch wenn man sich dabei noch sehr schwer tue. So werde das Konzentrationslager Auschwitz in Polen als ein Lager wahrgenommen, in dem vor allem polnische Bürger ums Leben gekommen seien, ohne dass bekannt sei, dass es sich dabei um hauptsächlich polnische Juden gehandelt habe.

Auf eine Nachfrage des Abg. Ritzek führt Herr Herr Dr. Pletzing aus, das Verhältnis Polens zur Ukraine sei besonders nach der „oranigen Revolution“ gut. Man setze sich aktiv für die Verbreitung von Demokratie ein; die Ukraine sehe Polen als Anwalt für eine Aufnahme in die Europäische Union.

Abg. Fischer machte den Vorschlag, nach den Sejmik-Wahlen die bestehenden Partnerschaften des Schleswig-Holsteinischen Landtags im Ausschuss erneut zu betrachten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Nordseekooperation, INTERREG Nordsee - Vorstellung der Projekte**

Berichterstatter: Ernst Hansen, Leiter des Referats Grenzüberschreitende und Europäische Raumordnung, Entwicklung der Planungsräume I und II (Süd und Ost) im Innenministerium

(hierzu: Anlage 2 zu dieser Niederschrift)

Herr Hansen, Leiter des Referats Grenzüberschreitende und Europäische Raumordnung, Entwicklung der Planungsräume I und II (Süd und Ost) im Innenministerium, verweist zu Beginn des Vortrages auf die den Ausschussmitgliedern vorliegenden Tischvorlagen, das North Sea Projekt Book, das Portfolio der Nordseeprojekte, eine Mappe mit einer Übersicht über die Projekte „working together“, einen Flyer des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen „Programm für den Nordseeraum“ und eine vom Innenministerium erstellte Liste der Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung (Anlage 4 zu dieser Niederschrift).

Er gibt sodann einen kurzen Überblick über die bis zum Jahre 2008 laufende Förderphase, den Aufbau, die Verwaltung und die Organisation der Projekte im Rahmen der Nordseekooperation. Er stellt unter anderem fest, mit den 17 in Schleswig-Holstein laufenden Projekten seien alle zur Verfügung stehenden Mittel gebunden. Für die Koordinierung der Projekte sei das internationale Sekretariat in Viborg, Dänemark, zuständig, das von allen teilnehmenden Ländern finanziert werde. Das Innenministerium unterstütze das Sekretariat im Zusammenhang mit den schleswig-holsteinischen Projekten. So veranstalte es regelmäßig so genannte Schleswig-Holstein-Runden mit Interessierten und Projektträger, bei denen über aktuelle Entwicklungen informiert werde. Daneben gebe es größere Konferenzen, wie zum Beispiel die letzte im Jahr 2004 in Norderstedt. Die nächste Konferenz sei für September 2006 in Hamburg geplant. Hierzu lade er die Ausschussmitglieder herzlich ein.

Zu Ausgestaltung und den Inhalten der einzelnen Projekte verweist Herr Hansen auf die vorliegende und vom Innenministerium zusammengestellte Übersicht der Projekte mit schleswig-holsteinischen Partnern (Anlage 4 zu dieser Niederschrift). Thematische Schwerpunkte der Projekte seien unter anderem die Schaffung neuer Möglichkeiten für ländliche und periphere Gebiete, Risikomanagement an Flüssen und Küsten, die Verbesserung im Verkehr, der verantwortungsvolle Umgang mit der Umwelt, die Nutzung von Innovation und Wissen und die Entwicklung wettbewerbsfähiger Städte und Gemeinden.

Insgesamt könne man feststellen, dass die Projekte in den vergangenen Jahren finanziell größer und strategischer geworden seien. Die Anforderungen an die Projektträger seien relativ hoch, sie müssten möglichst schon Projekterfahrung mitbringen, um einen konkreten Mehrwert erzielen zu können. Dieser Weg sei mühsam, insbesondere für die kommunale Ebene, er lohne sich aber in vielen Fällen.

Herr Hansen erklärt, im Vergleich zum Ostseeraum habe sich der Nordseeraum in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt, insbesondere die Kooperation mit der Nordseekommission habe gezeigt, dass es viele engagierte Partner rund um die Nordsee gebe. Gerade im touristischen Bereich zeichne sich eine Entwicklung ab, die auch für die nächste Förderperiode Mut mache.

Er stellt fest, auch wenn die Projektpartner bei der Antragstellung durch das Sekretariat in Viborg unterstützt würden, müsse man leider feststellen, dass das Europäische Recht den Projekten manchmal eher Steine in den Weg lege und insbesondere auf der Abrechnungsebene nicht immer einfach sei.

Als typische Beispiele für Mehrwerte, die die Partner in einem Projekt erzielen könnten, nennt Herr Hansen zusätzlichen Informations- und Kompetenzgewinn, die Ausweitung der Kapazitäten, die Erweiterung der Geschäftsfelder und im kommunalen Bereich die Bewältigung von Pflichtaufgaben, die Stärkung des regionalen Marketing, der Integrationswirkung für die europäischen Dimensionen, des gemeinsamen Problemlösungsverständnisses und natürlich auch das Finden kooperationsraumübergreifender Lösungen.

Die Neuausrichtung des INTERREG-Programms Nordsee für den nächsten Förderzeitraum 2007 bis 2013 mit einer Ausstattung von 7,5 Milliarden € für alle Staaten und 720 Millionen € für Deutschland zeige, dass die EU und die internationalen Gremien den Mehrwert dieser Projekte sehr hoch einschätzten. Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel für den nächsten Förderzeitraum werde noch in diesem Jahr innerhalb Deutschlands erfolgen.

Zur räumlichen Ausdehnung des zukünftigen Fördergebietes stellt Herr Hansen fest, der Nordseeraum werde in seinem räumlichen Zuschnitt im Prinzip beibehalten, es werde lediglich über eine Ausweitung auf Teile Frankreichs und Großbritanniens nachgedacht. Die inhaltlichen Schwerpunkte lege die EU in einer Verordnung fest. Die vier Oberbegriffe hierfür seien Investition, Umwelt, Erreichbarkeit und nachhaltige Städteentwicklung.

Das Innenministerium habe sich auf die neue Projektphase vorbereitet und eine Projektarbeitsgruppe gebildet, die im Sommer einen ersten Entwurf für das neue Programm präsentieren wolle. Schon jetzt könne man feststellen, dass alles noch komplizierter geworden sei.

Herr Hansen stellt abschließend fest, Schleswig-Holstein könne das Ziel, sich stärker in Europa zu engagieren und international wettbewerbsfähig zu bleiben, nur erreichen, wenn man sich auch auf dem Gebiet der Nordseekooperation stark engagiere. Er fordert deshalb die Ausschussmitglieder auf, immer wieder auf die Möglichkeit der Beteiligung an dem INTERREG-Programm Nordsee hinzuweisen und dafür zu werben. Informationen könne man auch jederzeit auf der Internetseite [www.interregnorthsea.org](http://www.interregnorthsea.org) erhalten.

In der anschließenden Aussprache möchte Abg. Müller zunächst wissen, ob es Hinweise darauf gebe, dass Projekte daran scheiterten, dass die Kommune Probleme hätten, ihren Eigenanteil zu erbringen. – Herr Hansen antwortet, er kenne kein Projekt, bei dem es an dem Eigenanteil gescheitert sei. Sein Eindruck sei eher, dass es in den Kommunen oft schwierig sei zu erkennen, welchen Mehrwert sie aus einem solchen Projekt ziehen könnten.

Abg. Fischer schlägt vor, eine Tagung der Nordseekommission in Schleswig-Holstein abzuhalten.

Abg. Ritzek merkt an, dass die Mitgliedschaft Schleswig-Holsteins in der Nordseekommission jetzt dadurch gefährdet sei, dass Schleswig-Holstein aus finanziellen Gründen darüber nachdenke, nicht der Konferenz der peripheren Küstenländer beizutreten.

Herr Hansen weist darauf hin, dass die Federführung für den Bereich der Nordseekommission im Europaministerium liege. Er halte es jedoch ebenfalls für erstrebenswert, eine Konferenz in Schleswig-Holstein abzuhalten und stellt fest, die Mitgliedschaft in der Konferenz der peripheren Küstenzonen sei eine hochpolitische Frage. Es würde für das INTERREG-Programm Nordsee jedoch seiner Auffassung nach schon einen deutlichen Verlust bedeuten, wenn Schleswig-Holstein jetzt durch diese Diskussion die Nordseekooperation verlassen müsste.

Die Frage von Abg. Fischer, ob sich die schleswig-holsteinischen Universitäten schon ausreichend im Rahmen der INTERREG-Projekte engagierten, beantwortet Herr Hansen dahingehend, dass die Hochschulen im Bereich der Vernetzung, zum Beispiel über Internetverbindungen oder sonstige Netzwerkstrukturen vorbildlich seien. Die konkreten Projekte würden von den Hochschulen jedoch zum Teil zu wissenschaftlich, zu abgehoben, angegangen.

Abg. Ritzek spricht die Möglichkeit des Austausches der Kooperationsaktivitäten an der Ostsee und an der Nordsee an. – Herr Hansen sieht ebenfalls die zum Teil austauschbaren Programmstrukturen und erklärt, in vielen Fällen könne man sehr flexibel zwischen den beiden Räumen wählen, es sei dann nur die Frage, wo man einen geeigneten Partner fände.

Abg. Spoorendonk fragt nach den Unterstützungsmöglichkeiten bei der Beantragung der Projekte vor allem für die Kommunen, hier insbesondere nach der Beratung durch die I-Bank. - Herr Hansen erklärt, neben der I-Bank sei auch das Sekretariat in Viborg und natürlich das Ministerium eine Anlaufstelle für mögliche Projektpartner. Realistischerweise könnten diese Stellen aber nur bei Detailfragen im Zusammenhang mit der Antragstellung helfen und eine erste Bewertung eines Antrages abgeben. Die Hauptarbeit, den Antrag zu formulieren, müsse schon vom Projektpartner selbst gemacht werden. Angedacht sei jedoch, in der nächsten Förderkulisse Servicestellen einzurichten. Solche zusätzlichen Infrastrukturbüros gebe es zum Teil schon jetzt auf privater Initiative im Hamburger Randgebiet.

Abg. Sönnichsen fragt nach dem Anteil der Projektkosten, der direkt in Investitionen gehe. – Herr Hansen antwortet, es sei unheimlich schwer, diesen im Detail zu beziffern, er schätze, dass es maximal 40 % seien. Die Abgrenzung zwischen harten und vorgelagerten Infrastrukturmaßnahmen sei jedoch sehr schwierig.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der in den Jahren 1960 beziehungsweise 1962 eingerichteten Förderfonds**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/435 (neu)

(überwiesen am 15. Dezember 2005 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/518, 16/559, 16/560

Abg. Lütkes führt aus, bestimmte problematische Aspekte seien ihrer Ansicht nach noch nicht hinreichend diskutiert, zum Beispiel das Demokratiedefizit durch die gewählte Organisationsstruktur. Dies sei der Grund dafür, dass sie sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung der Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Europaausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag den Gesetzentwurf zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Auswertung des AdR-Testlaufs zur Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitskontrolle**

Berichterstattung durch die Ausschussvorsitzende

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, berichtet über ein Gespräch mit Landtagspräsident Kayenburg, bei dem es um die Frage gegangen sei, ob es für den Schleswig-Holsteinischen Landtag Sinn mache zu versuchen, ein Verfahren zu finden, um sich mit Themen auf der europäischen Ebene näher zu befassen. Da der AdR noch einen zweiten Testlauf zur Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitskontrolle starten wolle, habe man beschlossen, sich an diesem noch einmal zu beteiligen und diese Ergebnisse abzuwarten, bevor man detaillierte Vorschläge für mögliche Verfahren diskutiere. Landtagspräsident Kayenburg habe jedoch schon den Vorschlag unterbreitet, einen Hauptausschuss, bestehend aus den Ausschussvorsitzenden der Fachausschüsse, zu bilden, der Entscheidungen treffen solle, wenn der Landtag aus Zeitgründen nicht in der Lage sei, einen Beschluss zu fassen.

Abg. Lütkes ergänzt, nach dem Gespräch könne festgehalten werden, dass der Europaausschuss in diesen europäischen fachlichen Fragen nicht als einziger Ausschuss entscheiden, sondern vielmehr eine Art „Wächteramt“ in der Debatte einnehmen solle, der das Verfahren organisiere. Ob man für diese Ausformung eine Änderung der Geschäftsordnung benötige oder nicht, könne zunächst dahingestellt bleiben.

Abg. Fischer verweist in diesem Zusammenhang auf die anstehende Debatte zum Gesetzentwurf eines Parlamentsinformationsgesetzes und schlägt vor, dass sich der Europaausschuss im Rahmen der Gesetzesdiskussion noch einmal mit den von Abg. Lütkes angesprochenen Fragen beschäftigen solle.

Abg. Ritzek plädiert ebenfalls dafür, sich auf einzelne Themen zu beschränken und nicht alle Verordnungsentwürfe der Europäischen Kommission in einem formalisierten Verfahren im Landtag zu beraten.

Abg. Fischer erinnert an die gemeinsame Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses und des Europaausschusses zur Föderalismusreform und an den Vorschlag, dass sich der Europaausschuss noch einmal gesondert mit Artikel 23 Grundgesetz befassen sollte.



Er merkt außerdem an, dass man darauf achten müsse, kein Parallelsystem zu einem Verfahren im Europaministerium aufzubauen, sondern mit dem Ministerium eng zusammenzuarbeiten und Synergieeffekte nutzen sollten sollten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Perspektiven für den Kaliningrader Oblast**

Berichterstatter: Thoralf Plath, Korrespondent in Kaliningrad

Herr Plath, seit 1995 Korrespondent in Kaliningrad, informiert zunächst über die Wahl der Kaliningrader Gebietsduma vor zwei Monaten. Er berichtet, dieses Mal sei der Wahlkampf relativ sachlich abgelaufen, die Wahlbeteiligung sei jedoch mit 36 % sehr schlecht gewesen. Ein Großteil der Kaliningrader habe sich dieser Wahl verweigert, 15 % hätten ihr Kreuz unter der Rubrik „gegen alle“ gemacht. Dadurch werde die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Politik, die zunehmend von der Putin-Partei ausgeübt werde und der man machtlos gegenüberstehe, deutlich. Es sei also eine deutliche Protestwahl gewesen. Gewinner dieser Wahl sei die offizielle Kremelpartei mit 35 %, zweitstärkste Kraft seien die Kommunisten mit 15 % gewesen. Insgesamt sei also eine deutliche Hinwendung zu Moskau zu erkennen. Auch wenn es eine besondere Kaliningrader Mentalität in diesem Gebiet gebe, sähen die Leute sich selbst als Russen und suchten ihren Bezugspunkt in Moskau.

Herr Plath geht weiter kurz auf den neuen Kaliningrader Gouverneur Georgi Boos ein, der ehrgeizige Ziele verfolge, so zum Beispiel die Bevölkerung Kaliningrads in den nächsten zehn Jahren verdoppeln und das wirtschaftliche Niveau auf das der Nachbarländer angleichen wolle. Aber auch Gouverneur Boos verfolge keine eigenständige Politik für Kaliningrad.

Die wirtschaftliche Situation in Kaliningrad sei gekennzeichnet durch den gewaltigen Bauboom und das Entdecken der Regionen durch Investoren des russischen Zentrums. Kaliningrad werde immer mehr auch von Investoren aus Moskau als Sprungbrett in die Europäische Union entdeckt. Positiv auswirken werde sich auch die Festschreibung Kaliningrads als Sonderwirtschaftszone. Hiermit sei erstmals eine stabile und zuverlässige Gesetzgebung auf längere Sicht geschaffen worden, auf die die Investoren aufbauen könnten. Das Gebiet sei noch Subventionsempfänger von Moskau, strebe aber an, sich in den nächsten Jahren insbesondere durch die Ölverarbeitung und Förderung selbstständig zu entwickeln. Durch den anhaltenden Bauboom und die dadurch neu entstehenden Arbeitsplätze könne man von einem zaghaften Aufschwung des Gebietes sprechen, ein Großteil der Sozialleistungen für die einfache Bevölkerung komme jedoch nach wie vor aus dem Ausland, insbesondere aus Deutschland.

Herr Plath geht weiter auf die deutsch-russische Zusammenarbeit im Kaliningrader Gebiet, die nun einzigartig in Russland sei, ein. Er stellt fest, dass es zahlreiche Initiativen deutscher

Vereine und Verbände in der Region gebe, die jedoch untereinander nicht vernetzt seien. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass das Büro Schleswig-Holsteins in der Bevölkerung fast gar nicht wahrgenommen werde. Dagegen habe sich das deutsch-russische Haus inzwischen zu einem stark frequentierten Haus ganz Europas entwickelt, in dem zahlreiche Veranstaltungen stattfänden.

Problematisch sei nach wie vor die Visaerteilung, inzwischen weniger für Touristen, jedoch umso mehr für diejenigen, die länger in Kaliningrad leben und arbeiten wollten. Diese Menschen müssten nach wie vor ein unzumutbares Procedere auf sich nehmen.

Herr Plath bewertet die Entwicklung Kaliningrads insgesamt als positiv, so sei zum Beispiel die Erreichbarkeit des Landes inzwischen wesentlich besser geworden. Außerdem entwickle sich im Land auch zu Themen wie Umweltschutz, Küstenschutz, Gewässerschutz und Schiffssicherheit eine Art Bürgerbewusstsein. Diese Themen würden jetzt erstmals thematisiert.

Abg. Spoorendonk befürchtet, dass es mit der neuen politischen Konstellation in Kaliningrad keine Unterstützung mehr für das Partnerschaftsabkommen mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtag gebe. Dass Kaliningrad bei der letzten Ostseeparlamentarierkonferenz überhaupt nicht vertreten gewesen sei, sei anscheinend ein Signal in diese Richtung.

Auch Abg. Fischer sieht das Erfordernis, zu prüfen, ob die neue Regierung in Kaliningrad das unterzeichnete Memorandum weiter trage und unterstütze. Die Kooperation mit Kaliningrad müsse zugespitzt und konkreter gefasst werden, außerdem müsse geprüft werden, ob man neue Schwerpunkte in der Umsetzung der Kooperation setzen müsse. Er fordert die Vorsitzende des Europaausschusses als Vorsitzende des Initiativkreises Kaliningrad auf, die Aktivitäten des Initiativkreises ebenfalls auf die neue politische Situation in Kaliningrad auszurichten und die Erfahrungen der Projektträger mit dieser neuen Situation abzufragen.

Abg. Fischer erinnert weiter daran, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landtag fraktionsübergreifend für eine konsularische Vertretung Deutschlands in Kaliningrad stark gemacht habe. Inzwischen habe es sowohl auf der deutschen als auch auf der Kaliningrader Seite einen Wechsel in der Politik gegeben und es müsse darüber nachgedacht werden, ob man nicht gewisse Fragen im Zusammenhang mit Kaliningrad neu thematisieren müsse. Er könne sich zum Beispiel vorstellen, auf der Grundlage eines Gesprächs mit dem neuen Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Kaliningrad, Herrn Dr. Guido Herz, eine Initiative im Landtag auf den Weg zu bringen. - Herr Plath begrüßt den Vorschlag, ein Gespräch mit dem neuen Generalkonsul Herz zu führen.

Er erklärt, aus Kaliningrader Sicht sei es kein Widerspruch, sich mehr in Richtung Moskau zu orientieren und gleichzeitig gute Beziehungen Richtung Europäische Union aufzubauen. Die neue politische Situation in der Duma müsse deshalb nicht unbedingt pessimistisch gesehen werden. Es seien nach wie vor genügend Kräfte an dieser Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein interessiert und sicher gebe es auch immer noch genügend Ansprechpartner in Kaliningrad.

Abg. Fischer fragt nach der derzeitigen Energieversorgungssituation in Kaliningrad. - Herr Plath antwortet, die Energiesituation in Kaliningrad habe sich inzwischen etwas entspannt, da vor vier Monaten das neue Gaskraftwerk ans Netz gegangen sei.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, berichtet über ihre positiven Erfahrungen während einer Hospitation in der Kaliningrader Gebietsduma.

Abg. Fischer möchte wissen, ob Schleswig-Holstein aus der Festbeschreibung Kaliningrads als Sonderwirtschaftszone besondere Vorteile ziehen könne. Er bittet die Landesregierung; dies zu prüfen.

Außerdem schlägt er vor, die Nordelbische Kirche zu einer der nächsten Sitzungen des Europaausschusses einzuladen und sich über deren Aktivitäten in Kaliningrad berichten zu lassen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Verschiedenes**

Terminplanung für das zweite Halbjahr 2006  
Umdruck 16/644

Die Ausschussmitglieder beschließen auf der Grundlage des Umdrucks 16/644 die Terminplanung für das zweite Halbjahr 2006.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 12:55 Uhr.

gez. Astrid Höfs  
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin